

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

37 (10.9.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

Einzel-Preis -.60
Monats-Abonnement DM 2.30

WIRTSCHAFTS-WOCHENSCHRIFT

Nr. 37 — 1. Jahrgang

Konstanz/Bodensee, 10. September 1948

Ausg. D Preis 60 D-Pfennige

Zwischen Deflation und Inflation

Bankenumsätze auf Vorjahrshöhe — Preisspiegel mit freiem Spielraum — Die 5% bleiben weiter festgelegt
Vor Emissionsversuchen — Unheilvolle Ruhe um die Länderhaushalte — Geringe Umsätze in Leipzig

Es ist unverkennbar, daß sich die Produktion in Deutschland mengen- und wertmäßig aufwärts bewegt. Wir verzeichnen in der vorigen Nummer einige Angaben aus der Doppelzone und lassen nun einige aus Württemberg folgen. Schon der Juli brachte hier eine Zunahme der Erzeugung um etwa 17% gegenüber dem April, und sogar um 18% gegenüber dem Juni. Am stärksten war die Produktionszunahme in der Schmelz- und Lederindustrie mit 130% gegenüber dem Vormonat. Eisen-, Stahl- und Blechwarenherstellung stiegen um 51,6% und die Textil- und Kleiderindustrie um 48%. Die Bevölkerung der Konsumgüterindustrie ist deutlich zu erkennen, wenn man dengegenüber berücksichtigt, daß die Industriegruppen Maschinenbau, Strick- und Textilindustrie, Holz- und papierverarbeitende Industrie weit unter dem Gesamtdurchschnitt liegen. Immerhin konnte trotz dieses Rückganges bei der Investitionsgüterindustrie im ganzen eine Beschäftigungszunahme um 1,3% erreicht werden. 3000 Neueinstellungen ließen die Zahl der Beschäftigten auf 201 000 steigen. Sogar die Exportindustrie, und besonders dem letzten Monat vor der Währungsreform etwas gestiegen, und liegen jetzt schon um 10,4% höher als im Monatsdurchschnitt des vorigen Jahres 1948. Die Preise haben sich ebenfalls weiter etwas bewegt, und haben, wie wir bereits berichteten, vorzeitig die wichtigen Güter des täglichen Bedarfs 50% und mehr erreicht.

Preis, aber verantwortlich

Es ist nun besonders erfreulich zu sehen, wie die beteiligten Wirtschaftskreise von sich aus versuchen, mit dem Problem der steigenden Preise fertig zu werden. Dafür zwei Beispiele aus zwei ganz verschiedenen Sektoren der Wirtschaft: Textilindustrie und Landwirtschaft. Das Gemeinwesen der beiden ist, daß man jede Bewirtschaftung und jede Zwangsverpflichtung unerschrocken findet. Sogar die Landwirtschaft fordert mit Nachdruck den Abbau der beherrschenden Verbote und z.B. jetzt in Westfalen an der Arbeit, um entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Der Zweck der zu bildenden Marktgemeinschaften auf freiwilliger Basis ist, den Konkurrenzdruck des vorhandenen Bedarfs anzupassen, Übergänge durch Verbra-

wirtschaft aufzulösen, die Preise zu stabilisieren, und die Qualität und zweckmäßige Verwertung der Erzeugnisse zu garantieren.

Ähnlich hat die Textilindustrie reagiert. Diesmal hat allerdings die Verwaltung für Wirtschaft die Vorschläge dazu gemacht. Man gibt praktisch der Textilindustrie die Wahl, zwischen folgenden beiden Möglichkeiten, 1. Die Industrie und der Handel werden zusammen mit der Verwaltung für Wirtschaft Normalpreise feststellen und zu bestimmten Zeiten in den Zeitungen ver-

öffentlichen. Diese Normalpreise haben nicht den Charakter von Höchst- oder Richtpreisen, sondern sollen nur ungefähr angeben, wieviel die betreffende Ware bei richtiger Kalkulation und erträglichen Verdienstansprüchen gegenwärtig kosten darf. Die zweite Möglichkeit sieht vor, daß für bestimmte Textilartikel ein Produktionsplan aufgestellt wird, dessen Durchführung selbstverständlich bei den beteiligten Kreisen liegt. Die Industrie selbst wählt sich einen Beauftragten, der mit den einzelnen Betrieben darüber verhandelt und

die Durchführung überwacht. Für diese Waren sollen Preisbildungen in lockerer Form erfolgen. Wir sehen in dieser Form der Wirtschaftsführung einen außerordentlichen Fortschritt, nicht weil es ein Kompromiß zwischen Bewirtschaftung und völliger Freiheit ist, sondern weil er eine Synthese darstellt, weil er die Verantwortlichkeiten richtig verteilt. Die Hauptverantwortung trägt die Wirtschaft immer selbst, wenn sie frei wirtschaften darf. Um den Zusammenhang der Wirtschaft mit der Wirtschaftsbehörde zu

einigen wie möglich zu halten, ist gerade eine solche Regelung, wie sie die Textilindustrie vorschlägt, zu begrüßen. Keiner kann sich mit seiner Verantwortung hinter den anderen verstecken. Weder wird von oben her einfach diktiert, noch entstehen übliche Auswüchse. In diesem System sehen wir eine gute Grundlage für eine gesunde Wirtschaft.

Im Zusammenhang damit sei die Rede Prof. Dr. Erhards vom 6. September registriert, in der er ausdrücklich, daß die Überreste der Bewirtschaftung in der Doppelzone noch im Laufe dieses Jahres aufgehoben werden. Es werde ein Programm ausgearbeitet, das die Grundlagen für eine leistungsfähige Marktwirtschaft schaffen soll. „Der geplante Preisspiegel soll einen verhältnismäßig freien Spielraum haben, damit nicht durch eine Hebelwirkung eine neue staatliche Wirtschaftslenkung eingeleitet wird.“

Man wird nun darauf bedacht sein müssen, daß diese veröffentlichten Preise sich tatsächlich einhalten werden können. Erste Voraussetzung dazu ist selbstverständlich, daß soweit Waren am Markt ist, wie Kaufkraft für diese Ware zur Verfügung steht.

Die Preisregelungen helfen, wenn die Sorge der Beteiligten und der Wirtschaftskreise, jetzt bei sich die Verwaltung für Wirtschaft mit den Vertretern der Leder- und Schuhindustrie zusammengesetzt, um die Preisregelungen zu beraten, die auf Grund der erhöhten Preise für importiertes Leder notwendig werden. Auch hier soll ein Preisspiegel für die wichtigsten Schuharten in Zukunft laufend veröffentlicht werden. Ein was betreffend liegt eine Meldung (Wirtschaftszeitung am 10. Sept. 1948)

Disziplin und Verantwortung

„Wie sich Verdienst und Glück verhalten, das fällt dem Toren niemals ein.“ Variieren wir dieses Paroli-Zitat: Wie sich Verantwortung und Disziplin verhalten, das fällt dem Toren in der Wirtschaft niemals ein. — „Wenn als dem Stein der Weisen hätte, der Weisem hätte dem Stein.“

Das Gespräch um Disziplin und Verantwortung in der Wirtschaft hat gerade in den letzten Tagen besonders stark in Gang gekommen. Beginnend mit dem Thema, das vorläufig noch im Schoße der Universität behandelt wird: Die Frage nach der Berechtigung der G.m.b.H. in der neuen deutschen Wirtschaft. Glauben wir zunächst einmal klar. Es wird auch in Akademikerkreisen nicht bestritten, daß für große Betriebe eine Einschränkung der kapitalmäßigen Haftung notwendig ist, weil es im allgemeinen — oder formulieren wir juristisch ein wenig und soweit es keine natürliche Einschränkung gibt, die sie tragen kann. Damit wäre die Resthaftung der AG von einer gewissen Kapitalhöhe an, erwiesen.

Für kleinere Kapitalgesellschaften, die sich ja auch bisher, soweit eine Haftungsbeschränkung als erwünscht angesehen wurde, im wesentlichen der G.m.b.H. bedienten, wird dieses Recht heute bewirkt. Das Hauptargument von akademischer Seite geht dahin, daß der Kapitalgeber seine Verantwortung gegenüber der finanziellen Verpflichtung, zur Sicherung seines zukünftigen privaten Besitzes einschreiben kann, indem er eben eine G.m.b.H. gründet, der Arbeitnehmers dieses Betriebes

aber keine Möglichkeit zur Sicherung seines Einkommens hat, der Arbeiter und Angestellte trage ebenso das Risiko seiner Existenz wie der Unternehmer, der eine könne sich schützen, der andere nicht.

Wir können dieses Argument noch erweitern und sagen, daß auch der Gläubiger von Verantwortungsbewusstsein des Unternehmensverwalters und in vielen Fällen auch nicht des Bilanzkontrollanten, des der G.m.b.H.-Kapital hat. Wir haben an gutem Grund hier den Begriff des Risikos hinzugefügt, um ihn genau gegen den Begriff der Verantwortung zu stellen. So kommen wir zu der viel weitgehenden These: Die Verantwortung muß in der Wirtschaft genau so weit reichen, wie das Risiko. Auch umgekehrt gilt der Satz: Das Risiko darf nur soweit reichen, wie man die volle Verantwortung zu tragen bereit ist. Dann muß die finanziell-ökonomische Forderung stehen, daß man solche Theorien aber in dieser schärfen Form auf dem Boden tatsächlich für die G.m.b.H. kein Platz mehr. Wir wissen längst, daß wir unsere Wirtschaft nur wider Vermeidungsmöglichkeiten und nicht beinträchtigt wird. Mit der wachsenden Verantwortungsbedeutung kann nur eine entsprechende, d.h. gleich große Risikorealität verbunden sein. So kommen wir zur Disziplin.

Wir haben mit dem bisher Gesagten schon zwischen den Zeilen die viel stärkere Verbindlichkeit im gemeinsamen Risiko- und Verantwortungstragen von Unternehmer und Arbeiter zum Ausdruck gebracht, aber auch über diese beiden Beteiligten hinaus den Kreis erweitert auf solche, die auch am Risiko des Unternehmens partizipieren und damit ebenso in den Verantwortungsbereich der beiden erweiterten Kreise gehören, denn nicht nur der Unternehmer, sondern auch der Arbeiter und Angestellte sind denn in ständiger Weise für die Gläubiger des Betriebes verantwortlich, wenn Unternehmer und Arbeiter die gleiche Risikobehaftung haben, d.h. wenn sich keiner schützen kann. Nicht die G.m.b.H. dazu muß selbstverständlich der das Risiko tragen, der sich am besten schützen kann. Es hätte schon seinen Sinn, daß man durch die Reform der Kapitalgesellschaften die kleineren Gesellschaften wesentlich schwerer belastet, und damit die „Risikorealität“, die in der Körperschaftsstruktur liegt, für die kleinen Gesellschaften verleiht. Aus der verschwundenen Risikogemeinschaft von Unternehmer und Arbeiter (bald als Kapitalgeber, Arbeiter und Gläubiger) löst sich. Was und wird die Verantwortungsbedeutung erweichen, das größer ist als bisher und das ausreichen dürfte, um wieder eine gesunde Wirtschaft aufzubauen.

Von dieser Seite beleuchtet, sieht der Anspruch auf wirtschaftliche Mitbestimmung des Betriebsrates anders aus als in der parteipolitischen Debatte. Betriebsrat steht eine Reihe von Verfassungen der deutschen Länder dieses Mittelstandes, vor. Die Entwurfs für das Betriebsratsgesetz hatten darauf, und heute die Verfassungen bestimmen in dem ein. General Clay hat im Falle der Heuschelchen Betriebsratsgesetz erklärt, er billige dieses Gesetz, wenn das darin

vorgesehene wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht angenommen würde. Welche Gründe General Clay zu dieser Stellungnahme bewegen haben, soll uns hier nicht interessieren. Aus unserer Vorlesung vorgeschrieben Erweiterung des Kreises der Richtträger an einem Unternehmen erhalte sich konsequent, daß wir außer dem Betriebsrat als Vertreter der Angestellten und Arbeiter auch auch den Gläubigern ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht einräumen müßten. Bei den großen Aktiengesellschaften ist das sogar längst der Fall. Man denke nur an die Aufsichtsratsmitglieder, die von den Banken gestellt werden, die größere Kredite an diesen Unternehmen geben. Jedem Einsichtigen ist dabei klar, daß das, was im kleinen Rahmen ebenso unmöglich und auch unzulässig ist, und zwar nicht wegen der Verschiedenheit der Größe, sondern wegen der Verschiedenheit des Risikos. Die Aktiengesellschaft hat ihren Schutz durch die beschränkte Haftung, durch die Kontrolle. Wer aber bereit ist, sein Risiko voll zu übernehmen, also die volle Verantwortung zu tragen, darf logischerweise auch nicht kontrolliert werden. Sagen wir es einfacher: Wer sich gegen Risiko schützen will, muß erwarten, daß sich auch der Gläubiger schützt, und zwar durch die Kontrolle und das Mitbestimmungsrecht.

Ausgangspunkt für ein Recht hat nur der, der die Verantwortung zu tragen bereit ist. Unter wirtschaftlicher Verantwortung verstehen wir aber mehr als das materielle Risiko, das der Unternehmer mit seinem Kapital und der Arbeiter mit seinem Einkommen trägt. Nicht das passive Risikotragen ist das entscheidende, sondern das aktive Verantwortungsbewusstsein, wenn die Disziplin ebenfalls zugehört. So gesehen würde das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht des Verantwortungsbewusstseins des Unternehmens behörden und das des Betriebsrates in einem Grade erhöhen, daß sicher manches Betriebsratsmitglied diese Last nicht zu tragen gewillt ist. Es gehört nämlich nicht nur mehr Disziplin zu einem höheren Verantwortungsbewusstsein, sondern auch eine mehr praktische Schulung, um wirklich mitbestimmen zu dürfen. Verfügt ein Betriebsratsmitglied darüber, denn wird es in jedem mit neuesten Betriebsrat wirtschaftlich mitbestimmen, sei es mit, sei es ohne Betriebsratswesen.

Wir haben so herrliche Beweise aus den letzten Tagen dafür, daß das Verantwortungsbewusstsein und die Disziplin der beiden alten großen sozialen Partner immer stärker wird. Beide Teile bemühen sich, endlich die bevorstehende des Arbeitsgesetzes durchzuführen, unter einander in freier Vereinbarung sich über Arbeitsbedingungen und Löhne zu einigen. Ein Gesetzentwurf, der diesen letzten Rest der Zwangsverpflichtung der Arbeit beseitigt, wird — wahrscheinlich bald — vom Wirtschaftsrat verabschiedet. Dann ist der Arbeitsplatz wieder frei. Auch der Lohnsatz wird oben wird, das deuteten wir in der vorigen Ausgabe schon an, bald fallen. Je stärker das Gefühl für Disziplin, für Verantwortungsbewusstsein und für das gemeinsame Tragen des Risikos wird, umso weniger brauchen wir gesetzliche Bestimmungen.

Agrar-Preise

Oberhalb der Landwirtschaft und den in ihr Tätigen nicht streng zu machen ist, daß sie — selbst in einem sogenannten Industriestaat — eine wichtige Stellung einnehmen, und daß sich hiermit ein legitimer Anspruch auf Beachtung, Förderung und eine lobende Existenz des einzelnen berührt, schließt es doch notwendig zu sein, hierauf von Zeit zu Zeit im Rahmen einer alle Interessengebiete dieses Wirtschaftszweiges umfassenden Veranstaltung wahren wahrnehmbar hinzuweisen. Dieser Ansehenswunsch wolle wohl auch die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft mit der ersten landwirtschaftlichen Ausstellung der Nachkriegszeit entsprechen, die in Frankfurt a. M. an dem gleichen Tage eröffnet wurde, an dem in Leipzig die Herbstmesse Besuchern mit anders abzuweilen Interessen freigegeben wurde. Der von der Veranstalter mit der Ausstellung angestrebte Erfolg ist nicht ausgeblieben, der äußerlich erfaßbare ebenso wenig wie der mehr moralische.

Um einen moralischen Ertrag der Veranstaltung ging es wohl nicht in letzter Reihe. Die in der Landwirtschaft Tätigen hatten nicht viel Grund, mit der Würdigung, die ihr Beitrag zur Arbeit in der Gesamtwirtschaft im allgemeinen findet, besonders zufrieden zu sein. Querende Nichtachtung ihrer Interessen durch die Gesamtheit der übrigen Wirtschaft, die dabei doch mit Nutznießern des Ergebnisses der Arbeit am Boden sind, haben sie daher empfindlich und fast schon wehleidig gemerkt. Diese Feststellung ergibt sich dem Beobachter nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ländern, in denen ein solcher Komplex weniger tatsächlich bestehende Ursachen hat. So meinte kürzlich in der Schweiz der Ständerat Dr. Wahlen (Urheber des nach ihm benannten so erfolgreichen „Wahlen-Planens“), von der Landwirtschaft seines Heimatlandes als von einem Wirtschaftszweig sprechen zu können, den man, wie nach dem ersten Weltkrieg, auch nach dem zweiten „vergessen“ zu werden scheine. Diese sofort aufgegriffene und beständige Kennzeichnung der angeblich oder tatsächlich — wir wollen es nicht entscheiden — vorwärtigen Einstellung der Gesamtheit der Landwirte des Nachbarlandes gegenüber führte zu einer öffentlichen Auseinandersetzung und zur Aufkündigung aller der zahlreichen Maßnahmen, die in den letzten Jahren zum Schutze agrarischer Interessen nach verschiedenen Richtungen hin in der Schweiz getroffen worden sind.

Mit viel mehr Berechtigung als der schweizerische konnte sich der deutsche Landwirt in den Kriegsjahren und in den Jahren danach überlegen fühlen. Alle wesentlichen Früchte seines Fleißes unterlagen der Bewirtschaftung und wurden ihm zu Preisen abgenommen, die sich der sonstigen allgemeinen Aufwärtsbewegung nur in einem stetig sich vergrößernden Abstand anschließen durften. Wenn selbstwärtig Preisregelungen bewilligt wurden, so betrafen sie nur wenige Produkte, zur Beseitigung der Preissteigerungen, die die Agrarpreise übersteigerten, und die Preise jeener gewöhnlichen und industriellen Erzeugnisse trug, deren der Landwirt zu rationeller Arbeit bedarf, richteten sie nicht. Bei einzelnen der erforderlichen Gütern und Materialien betrug die Preissteigerung Hunderte von Prozenten. So erhöhte sich der Preis eines Ackerschwagens mit Zubehör nach einer völligen Aufstellung von 550 RM im Jahre 1936 auf 1800 im Jahre 1947.

Weitere 7 Mill. Dollar für die Doppelzone

Washington, Am 1. September genehmigte die ECA-Verwaltung eine weitere Marshall-Plan-Zuteilung für die Doppelzone in Höhe von 7 Mill. Dollar. Desgleichen erhalten auch Großbritannien, Frankreich, China, Norwegen, Dänemark, Österreich und Italien neue Zuteilungen.

Nach einer Mitteilung Paul Hoffmann sollen alle USA-Geldverkäufe im Rahmen des Marshall-Planens ab 1. Dezember durch den privaten Handel vorgenommen werden. Ausgenommen davon sind nur Verkäufe an die Doppelzone an Österreich, Griechenland, Triest- und China.

Handelsabkommen mit Italien
Frankfurt, Nach dem mit Italien getroffenen Handelsabkommen wird die Doppelzone bis Ende Juli 1948 Waren im Werte von rund 51 Mill. Dollar nach Italien ausführen und dafür Waren im Werte von 56 Mill. Dollar aus Italien erhalten. Unter den Waren, die die Doppelzone im Rahmen dieses Übereinkommens nach Italien ausführen wird, befinden sich Kohle, Kaff., Eisen- und Stahlerzeugnisse, Maschinen, Chemikalien, Photoapparate und andere optische Artikel, Pharmazeutika und Bier. Italien wird unter anderen Nahrungsmitteln, Kismidinger, Haut, elektrische Ausrüstungen, Chemikalien, Eisenbahnwagen, Kunststoffe und Textilmaschinen liefern.

... mit Holland
Den Haag, Zwischen Holland und Niederländisch-Indien einerseits und der Doppelzone andererseits wurde ein Handelsabkommen abgeschlossen, das einen Warenverkehr von über 411 Mill. Gulden vorsieht. Die holländische Ausfuhr von Gütern und Leistungen nach der Doppelzone beträgt im Rahmen des Abkommens 191 Mill. Gulden, 12,35 Mill. Dollar für Verkehrsleistungen sind eingeschlossen. Die Warenlieferungen aus der Doppelzone betragen sich auf 230 Mill. Gulden einschließlich der in Dollar

zahlbaren Kohlelieferungen im Werte von 25 Mill. Gulden.
Das Abkommen sieht auch einen Warenverkehr zwischen der Doppelzone und Niederländisch-Indien vor, das aus der Doppelzone Textilien für 15,5 Mill. Dollar erhalten und dafür Waren für 12 Mill. Dollar liefern wird.
Ein neues Zahlungsabkommen wurde nicht abgeschlossen und die Zahlungsabwicklung erfolgt nach dem alten Zahlungsabkommen.

... mit Belgien

Frankfurt, Bei den Verhandlungen mit Belgien über den Austausch von Futtermitteln und Schweinefleisch ist die Einfuhr von Futtermitteln für die Doppelzone auf einer Verrechnungsgrundlage von etwa 88 Dollar vorgesehen, wogegen Schweinefleisch mit etwa 80 Dollar je 100 Kilo nach Belgien ausgeführt werden soll. Der Austausch legt die Gegenwerte mit 1 Zentner Schweinefleisch Lebendgewicht gegen 6 Zentner Futtermittel fest. Zusätzlich sollen 2000 Schweine nach Belgien ausgeführt werden, doch soll die Ausfuhr nach Möglichkeit auf 20 000 Stück erhöht werden. Der jeweilige Schweinefleischvertrag verpflichtet den Mäster, nach Erbau des Futtermittels eine bestimmte Anzahl von Schweinen aus eigenem Bestand im Verhältnis 6:1 zu liefern. Das Gewicht der Schweine soll mindestens 95 kg und höchstens 105 kg betragen.

In dieser Nummer

- Bayerische Natursteinindustrie
- „Wirtschaftspolitik in Westdeutschland“ Die Entscheidung muß fallen
- Frankreichs Produktions-Aufschwung
- Innen des Öls
- USA-Industrie-Giganten
- Krise in Luxemburgs Wirtschaft
- Politische Fragen in Englands Wirtschaft

Vor deutsch-französischem Filmabkommen

hft. Baden-Baden, Zwischen der JEIA und einer französischen Handelsdelegation haben in Wiesbaden erfolgreiche Besprechungen über die Ausgestaltung des Handelsverkehrs zwischen Frankreich und Westdeutschland stattgefunden. Im Rahmen dieser Besprechungen wurden auch die Möglichkeiten für die Ausfuhr deutscher Spiel- und Kulturfilme nach Frankreich erörtert. Im Anschluß an diese Verhandlungen haben die Vertreter der deutschen Filmwirtschaftlichen Verbände mit der JEIA unter Teilnahme der Filmexponenten der deutschen Verwaltung über technische und finanzielle Fragen des Filmausfuhr-Geschäfts eingehend gesprochen. Es wird erwartet, daß durch eine Vereinbarung mit Frankreich dem deutschen Film zum erstmaligen wieder der Weg ins Ausland frei gemacht wird und daß im Anschluß daran, auch mit anderen Ländern filmwirtschaftliche Abkommen getroffen werden können.

Nach einer Entscheidung der Filmexponenten der Militärregierungen der drei Westzonen, die gleichzeitig in Wiesbaden getagt haben, ist vom 11. Oktober ab der unbeschränkte Filmaustausch zwischen der französischen und der Doppelzone möglich. Die Verleih-Firmen, die in der französischen Zone Filme verleihten, wobei sie sich bisher hauptsächlich auf die Filme französischer Produktion beschränkten, können von Mitte Oktober ab diese Filme auch in Filmtheater der Doppelzone verleihten. Ungeklärt werden könn-

en die in der Doppelzone vertriebenen englischen und amerikanischen Filme ohne weiteres in der französischen Zone vorgeführt werden können.

Für trilateralen Finanzausgleich
Die drei Finanzminister der französischen Zone, die Beratungen über die finanzielle Lage ihrer Länder führen, beschäftigen nach einer Erklärung des Finanzministers von Rheinland-Pfalz in den nächsten Tagen einen Finanzausgleich auf trilateraler Basis vorzuschlagen. Anlaß zu diesem Plan dürfte die schwierige Finanzlage der drei Länder sein.

Dollarmangel löst Transitverkehr
Kiel, Die technokratische Regierung hat den Transitverkehr durch die baltische Zone, insbesondere über Lübeck, fast völlig eingestellt. Es mußt geradezu grockeln, wenn die technokratische Regierung erklärt, sie wolle ihre Transporte aus Skandinavien wegen des Dollarmangels auf dem Umweg über Holland, Belgien und Österreich leisten, da sie in diesen Ländern in „schwerer“ Währung zahlen können.

Deutsche Stillierung 1948: 1,1 Mill. £
London, Die Stillierung im Ruhrgebiet soll nach einer Erklärung von Sir Stafford Cripps bis 1948 um weitere 1 Mill. £ gesteigert werden, so daß die im insgesamt 1,1 Mill. £, also 1/4 der deutschen zugewiesenen Menge, betragen wird.

„Wirtschaftspolitik in Westdeutschland“

Eine Schweizer Stimme, die warnt und mahnt

In den letzten Nummern der „Basler Nachrichten“ ist ein Aufsatz von Prof. Dr. Edgar Salin (Basel) in drei Fortsetzungen abgedruckt, der in allen Punkten zu den gleichen Ergebnissen und Ansichten über die deutsche Währungsreform gelangt, die auch wir seit dem 28. Juni in der „Wirtschaftsrevue“ vertreten haben. Mit einer ungewöhnlichen Schärfe des Blicks und prägnanten Formulierungen zeigt Prof. Salin die ungeheuren Gefahren auf, in denen die deutsche Finanzwirtschaft schwelgt. Wir halten es daher für richtig, unsere Lesern einen Auszug aus diesen Aufätzen zu bringen.

es noch rechtzeitig zu einer klaren Linie kommt...

Die Spirale

„Es war unendlich, die Wirtschaft aus dieser Spirale zu lösen. Da es aber erst nach der „Reform“ geschah, da erst nachdem die sogenannte Bewirtschaftung verschiedener Waren ein Ende fand und da auf die nun freien Waren sich, wie oben geschildert, die Nachfragen der DM-konsumierenden Konsumenten warf, konnte eine erhebliche Preissteigerung in neuer Mark nicht ausbleiben. Die Folge sind dringliche Forderungen nach Lohnsteigerung, Begehren, die angesichts der hohen Arbeitslosenzahl nicht sehr aussichtsreich wären, wenn nicht die Steuereinnahmen, die durch die Inflationsspirale in Gang, deren Ende niemand voraussehen kann und als deren Ergebnis jedenfalls das eine mit Sicherheit im voraus feststeht, daß bei einem starken Marktdruck die Exportmöglichkeiten sukzessive verringert werden. Also wird unumvermeidlich mit dem Ausweg gelockt, den schon jetzt die Gewerkschaften anstreben: Neuer Preistest — eine Maßnahme, die selbst in Verbindung mit einem sofortigen Vorgehen nur partielle Wirkung haben könnte, da die Heraussetzung der Kohlen- und Stahlpreise noch nicht im Preis der Fertigprodukte zum Ausdruck kommt und da außerdem weitere Erhöhungen dieser alles lange durch Stop und Subvention künstlich niedrig gehaltenen Grundpreise nicht zu umgehen sind. Es ist daher sehr unwahrscheinlich, daß die neue Mark, die in den vorherigen Wochen bereits erheblich an Kaufkraft eingebüßt hat, dem Schicksal der offenen Inflation entgeht — eine schlimme Aussicht...“

Kreditkriterien?

„Theoretisch gäbe es natürlich doch einen Weg, um die inflationäre Entwicklung zu vermeiden, — nämlich eine ganz massive Deflation. Sie wäre genau so „zweckmäßig“ durchzuführen wie der Währungsdruck, man müßte „nur“ die Produktion der Wechsel inhibieren und jede Kreditgewährung an öffentliche Haushalte verbieten, dann würde man mit Sicherheit nicht nur einen Druck auf die Preise ausüben, sondern einen Preissturz erzwingen, der wiederum, gefolgt von Bankrotten und gleichzeitiger von einer Arbeitslosigkeit im Ausmaß jener, die die Machtübernahme der Nazis vorbereitete...“

Paradoxe

„Man muß die Paradoxie dieser Lage richtig verstehen: Die gleiche „Reform“, die auf der einen Seite die Wirtschaft aus ihrer Starre lösen sollte und helfen hat, hat auf der anderen Seite durch den Verzicht auf Nullbarmachung des alten Geldbestandes für neue Kreditfacilitäten die Unternehmungen und Institute, die aus letztgenannten Quellen neue

Kredite zur Verfügung stellen können, in eine diktatorische Position gebracht. Solcher Querschnitte aber gibt es vornehmlich drei: Erstens die deutsche Sparkkraft, die selbst bei größerem Sparwillen heute nicht noch einzuschätzen ist; zweitens das Auslandskapital, das vermehrt in größerem Umfang zu Hochkrediten, in kleineren zu langfristigen Beteiligungen bereit ist; drittens den Fonds, der sich durch den Verkauf inspektierter Waren des European Recovery Program bilden wird und der bei Erhaltung des Friedens in Europa, schon im Verlauf eines Jahres eine überragende Bedeutung für den Kreditverkehr erhalten dürfte. Infolgedessen wird die in- oder ausländische — Verwaltung dieses Fonds und, hinter ihr rangierend, die Leitung sämtlicher Kreditinstitute bis heranzu zu den Sparkassen in Zukunft durch ihre Kreditgewährung weitgehend darüber bestimmen können, wer was wo in welchem Ausmaß produzieren darf und soll.“

„Man leistet sich zwar die Gedächtnisrechnung an der Spitze, daß am Ende einer Zeit, welche die „Brechung der Zinsknechtenschaft“ propagiert hätte, statt der angeblichen Koexistenz, die abzusichern man ausgesprochen war, eine sehr wirkliche, harte Sklaverei errichtet wird. Aber es ist nicht eben wahrscheinlich, daß in einem Rasen, der zumindest ideologisch der Schärfung der Waffen für einen möglichen Endkampf um die Welt Herrschaft dient, die fragwürdigen „Chancen“ einer solchen Situation ausgenutzt werden können. Viel eher ist anzunehmen, daß aus Angst, die „Freiheit“ der Wirtschaft zu bestreiten, nicht nur kein Kreditkriterium errichtet, sondern auch die Kreditkontrolle so lange gehandhabt wird, daß selbst die am ehesten mögliche Hemmung eines inflationären Preisanstiegs vor der Kreditseite her nicht oder nicht rechtzeitig erfolgt. Dann gäbe es nur noch ein

taugliches Mittel: Straffe Führung der öffentlichen Haushalte, Vermeidung jedes Defizits, Abschöpfung der überflüssigen Kaufkraft durch Steuern und durch Anleihen.“

Ausgewählte Haushalte?

„Die öffentlichen Haushalte haben bei der „Reform“ ein Mark-Kontingent erhalten, das ihnen für die ersten Wochen die Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Ausgaben erlaubte. Eine Fortführung ist in der Weise nur möglich, wenn ausreichende Steuereinnahmen zu verzeichnen wären. Es braucht keine Insider-Kennntnis, um sich auszurechnen, daß kaum ein staatlicher und gewiß kein städtischer Haushalt über solche Eingänge verfügt. Ferner daß keine Erhöhung der Steuern möglich, sondern eher eine weitere Senkung der Einkommensteuer erforderlich ist, schließlich daß — zumal angesichts der steigenden Unterhaltungskosten — infolgedessen nur eine Reduktion der Ausgaben wenigstens zu einem tendenziellen Ausgleich des Budgets führen kann...“

„Dennoch wird sich über kurz oder lang — vermutlich schon in wenigen Wochen — nach dem Aufbrauchen der Deutschmark-Guthaben und der spärlichen neuen Eingänge die Unausweichlichkeit einer radikalen Eingriffe herausstellen. Auch wenn man sich eine Zeilung mit der weiteren rationierten Zahlung und nachher mit der Kürzung der Gehälter behelft — der Augenblick kommt, wo keine versetzten Offensiv- oder verschleierte Bankrott, d. h. Inflation.“ (Der diesen Ausführungen Dr. Salin

RUHR-KOHLFORDERUNG

(Schließlich Aachener und Ibbenbürenener Revier)

Tagesdurchschnitt in 1000 t

1. Halbjahr 1947	244,5 t
1. Halbjahr 1948	265,3 t
Monat Juli	286,3 t
Monat August	287,0 t
1. Septemberwoche	288,3 t
2. September	286,4 t

folgende Aufsatz aus unserer Redaktion geht noch näher auf dieses Thema ein.

Euphorie

„Gegenüber einer gefährlichen Euphorie in Westdeutschland selbst und gegenüber einer erstaunlichen Selbstzufriedenheit der Gant- und Halbtierwirtschaftlichen mit den bisherigen Ergebnissen der „Reform“ sind hier die Elemente der Beurteilung dargelegt worden, die sich bei weiterer Analyse der Entwicklungsaussichten ergeben. Wenn indessen vielleicht hierdurch manche Trüme von optimistischen Phantasien zu dem heute merkbarerweise auf Industrielle und Bankiers gelenkt, gestört oder gestoppt werden, so ist auf der anderen Seite zu sagen, daß gerade die klare Erkenntnis der Gefahrenmomente die Möglichkeit bieten sollte, die westdeutsche Wirtschaftspolitik einseitig als bisher zu orientieren und zielgerichteter als bisher zu führen. Dies aus mehrfachen Grund und nach mehrfacher Richtung.“

Die Entscheidung muß fallen

Öffentliche Haushalte — Besatzungskosten

erwangen wird. Daß man bisher diese Lösung immer wieder aufschob, verschleiert das Problem von Woche zu Woche. Es wird aber das ist hier festgestellt, kein Wunder eintreten, wenn sich die Produktion von Tag zu Tag dank der steigenden amerikanischen Hilfe sichtlich erhöht, und man so deutscherseits die Hoffnung hegt, daß die Steuererträge sich ebenfalls von Tag zu Tag bessern werden und man so über den Berg kommen könnte. Das Land Nordrhein-Westfalen u. B. das an Bevölkerung stärkste deutsche Land, hat in den nach der Währungsreform vergangenen zwei Monaten noch nicht ein Drittel des Besatzungskosten erzielen können, das auf die Vergleichsmomente des Vorjahres entfallen war. So mit steigt aber auch der Anteil der Besatzungskosten am Budget des Landes relativ auf das Dreifache. Die Last der Besatzungskosten liegt auf den Ländern, während die oben erwähnte Summe von 24 Milliarden sich auf alle öffentlichen Einnahmen verteilt, also auch auf die der Gemeinden usw. und man sieht also vor der kaum fassbaren Tatsache, daß die Einnahmen der Länder insgesamt im Augenblick nicht zur Zahlung der Besatzungskosten ausreichen würden, selbst wenn die Länder überhaupt keine anderen Ausgaben zu leisten hätten. Die Schwierigkeiten sind im Augenblick noch nicht im entsprechenden Ausmaß in Erscheinung getreten, weil die Länder derzeit noch von der Erhaltung mit Noten — bekanntlich ein Zweifler der Jahresrechnungen des Vorjahres — leben, und weil die Besatzungskosten zurückhaltender mit dem Ablauf ihrer Forderungen sind, da sie selbst ebenfalls auf ihre Erstattung nach der Währungsreform die ca. 20 Millionen DM betragen hat, zurückgreifen können. Allmählich gehen aber die Notenbestände sowohl bei den öffentlichen Kassen als auch bei den Besatzungsmächten zu Ende, und dann muß unweigerlich die Krise eintreten und eine Entscheidung fallen.

Dann wird man sich zwiefellos entscheiden müssen, die Ausgaben der Länder und Gemeinden und die Aufkommen für die Besatzungskosten auf das Niveau der Einnahmen herabzudrücken oder aber den gefährlichen Weg einschlagen, durch Gewährung von Zuschüssen der Zentralbanken an die Länder, womit der erste Schritt zur Notenkurbel eingeleitet wird. Es scheint so, als ob die Länder diese Lösung erwarten, denn die Ruhe, mit der sie den Bankrott entgegengehen, könnte man sonst kaum beifallen.

Da heute ist, und das ist besonders auffallend und wird bei der Bevölkerung lebhaft diskutiert, noch nichts unternommen worden, das auf eine spürbare Reduktion der Verwaltungsausgaben würde. Das äußerste, wenn sich Länder und Gemeinden herbeilieben, waren Aufnahmepersonen für Beamte, Kündigungen von untergeordneten Angestellten in geringem Ausmaß und Teilzahlung von Gehältern. Die Sachausgaben sind selbstverständlich radikal eingeschränkt worden, doch versuchen die Verwaltungen, um die notwendige Reduktion der Besatzungskosten irgendwie heranzukommen, u. B. ist der Kreis der bewirtschafteten Güter abgegrenzt. Man müßte doch annehmen, daß der leere Bewirtschaftungsapparat, der schon nach einer Verweigerung ausnahmslos nachträglich die Zentrale segnen würde. Indessen lebt er immer noch und versucht seine Daseinsberechtigung nachzuweisen (siehe Seite 4: Bewirtschaftungsmandat). Er hat fast den Ansehen,

als wolle man im Laufe der Monate eine zuverlässige Finanzlage schaffen, die die Besatzungskosten zu zahlen würde, schon um ihre eigenen Besatzungskosten heranzukommen. Kredit auf Grund von Notenbeschöpfung zu gewinnen, dies würde entweder einen scharfen Preissturz zur Folge haben oder, bei Einführung von Festpreisen, zur Wiederkehr des bekannten und viel genannten Kaufkraftüberhangs führen. Deshalb mit dieser Entwicklung die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Eine Gewährung der gesamten deutschen Wirtschaft hängt davon ab, daß die öffentlichen Finanzen sobald wie irgend möglich in Ordnung gebracht werden. Dieses Problem ist noch vor das der Demontage zu setzen, die die Öffentlichkeit stark beunruhigt, jedoch für die die Verantwortung die Besatzungsmächte allein tragen, während der Beweis der Unschuld der deutschen Verwaltung an der finanziellen Zerrüttung nicht so leicht erbracht werden könnte.

Eine Herabsetzung der Besatzungskosten, ihre Angleichung an die Einnahmen ist selbstverständlich ebenso notwendig wie die der Ausgaben der deutschen Verwaltung. Beidseitig der Herabsetzung der Besatzungskosten soll, wie verstanden, eine Fühlungnahme der drei weltlichen Besatzungsmächte erfolgen sein, und man wird abwarten müssen, welche Lösung diese Frage bietet. Tatsächlich sind in der französischen Zone verschiedene Ansprüche der Besatzungsmächte reduziert oder aufgehoben worden. Dagegen ist in der britischen Zone wenig geschehen, ebenso in der amerikanischen Zone, wo der Chef der britischen Militärregierung sogar betont hat, daß eine Herabsetzung nicht in Frage kommt. Allmählich gehen aber die Notenbestände sowohl bei den öffentlichen Kassen als auch bei den Besatzungsmächten zu Ende, und dann muß unweigerlich die Krise eintreten und eine Entscheidung fallen.

Vielmehr kann man aber in der deutschen Politik sehr unzulässige Argumente auftreten. So vergleicht eine angesehene deutsche Zeitung die Besatzungskosten mit den früheren deutschen Militärausgaben, zieht die Zahlen von 1912, 1936 und 1941 — ca. 700 Millionen Mark — zu ihrer Argumentation heran, vergißt aber das Jahr 1938 zu erwähnen, wo die Ausgaben etwa 18 Milliarden betragen haben. Die Franzosen können sich immerhin darauf berufen, daß sie selbst auch Besatzungskosten zahlen mußten, sie betrauen ca. 10 Milliarden Mark im Jahr, während England und die USA diese Vergleiche nicht haben.

Bevor die hier aufgeworfenen Probleme nicht gelöst sind, können wir uns der Ansicht von amerikanischen Beamten des Zweimächte-Kontrollamtes Jenerfalls nicht anschließen, daß die D-Mark, bald dem Kreis der harten Währungen angehören wird.“

Am Ausguck: Das französische Signal

Vergänglich war die Weltöffentlichkeit seit Wochen auf ein Kommando über die Verhandlungen im Kessel. Bereits hat sie sich an die letzten Meldungen aus dem Kampf um Berlin gewöhnt. Es wurden noch die Schattenseiten der Westmächte und der Russen vermerkt, hier und dort fällt auch ein gutes Wort für die feste Haltung der Berliner Bevölkerung ab.

Indessen ruhen die Verhandlungen in Moskau. Da eine ähnliche Mischung über den bisherigen Verlauf und die Einzelheiten der Besprechungen, obwohl mehrfach angekündigt, nicht erfolgt ist, geht die Botschaft weiter, es gibt den Zeitungen Stoff für spekulante Beobachtungen und Kombinationen. Nach den vorliegenden offiziellen Veröffentlichungen läßt sich nur feststellen, daß die vier Militärgouverneure in Berlin über die Vorbereitungen zur Auflösung der Blockade der ehemaligen Reichshauptstadt beraten und daß die Einführung der Deutschen Mark in Berlin unter einer Viermächtekontrolle, die von den Westmächten engagierten Gegenbedingung gewesen ist. Die nächsten Tage werden weiter Klärheit bringen. Die politische Hochspannung besteht weiter. Darum verlieren die Berichte von den anderen internationalen Diskussionsorten begrifflicherweise an Interesse. Trotzdem verdienen neben den lokalen Gevattern über Berlin, die in Präliminären im Stadium ihre Entfaltung finden, auch andere internationale Entwicklungen sorgsam Beachtung. Die Vorgänge in Finnland und Polen zeigen, daß nach gütlicher Kanalklärtung zwischen West und Ost liegen. Die Lage in Palästina ist durchaus nicht zufriedenstellend. Die Waffruhe um Jerusalem ist leicht anzuerkennen und es scheint das ganze Verhandlungsgebiet des Großen Bernabais dazu, die Streitenden zu trennen. Auf Malaya, in Pakistan, Hindostan und Kaschmir wird gearbeitet. Auch der Balkan ist immer noch in Unruhe. Die so früh eingetragenen Pariseren Griechenlands verfügen immer noch über tausende

Gewehre. Aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien fliehen Politiker und Genossen. In Belgien kämpft Tito mit allen Mitteln um seine Macht.

In Frankreich ist es ein demontrierter Weg, durch permanente Krisen, den die Vierer-Regierung durchzustehen. Robert Schuman ist mit dem Problem, soziale Gerechtigkeit und eine Wirtschaft, die nicht ohne Härten sein kann, in Einklang zu bringen, nicht fertig geworden. Das Land aber verlangt, daß etwas geschieht. Arbeit man nach sozialistischem Muster weiter, so kann das Loch in der französischen Staatskasse schwerlich abgedichtet werden. Das Rezept für die wirtschaftliche Gesundung Frankreichs kann gar nicht anders lauten als sparen und nochmals sparen. Wenn das nicht schmerzhaft geschieht, dürfte die Inflation unauflöslich sein. Dann aber werden die letzten Volkswirten, die Arbeiter in verdorrter Linie, wieder die Leidtragenden sein. Auch eine arbeitfähige Mehrheit im Parlament wäre dann bei lauterwunderlicher Unzufriedenheit nicht möglich. Neuwahlen müßten stattfinden. Die Nervenschaaf eines Extrems in Frankreich würde aber nicht zur allgemeinen anablenpolitischen Sicherheit Europas beitragen. Wir in Deutschland haben daran bestimmt kein Interesse.

No verwirrend die jetzige französische Regierungskrise auch gewesen sein mag, so wird sie vielleicht nicht nicht uninteressant gewesen sein, wenn sie den Anhängern der Regierungsparteien vor Augen geführt hat, daß nur durch eine Koalition der Mitte einer Verdrängung der bestehenden Staatsordnung möglich ist. Eine Koalition ist aber ohne Kompromisse nicht möglich. Kompromisse wiederum befähigen niemanden, sie lassen eine von Fall zu Fall wachsende Bedrohlichkeit zurück. Die Position in der sich André Marie befindet und nun auch Schuman befindet hat, ist im wesentlichen die, des Kathartes Brüderling, das sich durch stürzende Opposition auf der Rechten und auf der Linken gegenüber sah und ihr mit dem zu begnügen ver-

suchte, was man eine Koalition aller Verrückten“ nannte. Die Entwicklung Deutschlands im Jahre 1933 zeigte dann aber, daß eine solche Koalition zu verständig ist, um dem in der Politik nur einmal vorhandenen Irrationalen gerecht zu werden.

In den Widerstreit zwischen Europas Zukunft und Europas Vergangenheit, zwischen Aufbruchplänen und Beunruhigungen, Notwendigkeiten und Resentiments drängt aber auch immer wieder ein helles Signal, das in dieser an Mühseligkeit so reichem Gegenwart, aufleuchtet. Es heißt: „Lausanne“ zur Vermeidung von dem französischen Block schob, daß die Marshall-Plan-Hilfe nicht wegen der Reparationen auf Spät gesetzt werden dürfte, die vielleicht ganze 12 Mill. Dollar wert seien. Le Monde stellte fest: Deutschland könne den Verlust eines Viertels seines landwirtschaftlichen Gebietes nur durch eine gesteigerte Industrieproduktion ausgleichen. Die Frage, welche Fabriken noch demontiert werden sollen, oder nicht, müsse in Zusammenarbeit mit der USA geprüft werden. Dann habe erst kürzlich der französische Minister der Ara Marie den Beschluß gefaßt, die Errichtung einer europäischen Gemeinschaft zu fördern, die Staaten des Brüsseler Übereinkommens zur Unterstützung unterstützen und so die Verantwortlichkeit eines alten, seit Jahrhunderten die besten Köpfe bewegenden Gedankens aus den Gedächtnissen der Nationen zu rücken. Trotz aller menschlichen Schwierigkeiten bei Robert Schuman mit dem ganzen Gehör seiner Persönlichkeit die Parole des konstruktiven europäischen Aktivismus erneut aufgegriffen. Niemand unterläßt durch die Beschlüsse der Panuropa-Konferenz von Interlaken. Freilich, es bedarf hierzu viel, viel Optimismus. In einer Zeit, die unter der Aufpalterung in Ost und West so sehr leidet, werden sich die Regierer nicht sehr bemühen müssen, um Gegenpartnern und Zweifel im Feld zu füttern. Unter den gegenwärtigen trüben Verhältnissen erfordert allein schon der beste Wille, ein neues Europa zu schaffen, ein heftig Maß an diplomatischer Kunst.

Ein neues, geeintes Europa schaffen zu wollen, heißt freilich auch den Willen zu kontinuierlicher Zusammenarbeit in den Massen der Völker hervorzuheben und zu fördern. Davon, in welcher Weise dies gelänge, hängt alles ab. Um selbstbewußte, wirkliche Europäer zu werden, müßten die meisten in sich die Bindungen und Verwurzelungen, die aus dem verschiedenen, staatlichen Denken und aus verschiedenen anderen Faktoren erwachsen sind. Die zukunfts, miträufende Atmosphäre zwischen den Völkern müßte befreit werden.

Das gilt vor allem für die Resentiments, unter denen seit 100 Jahren die deutsch-französischen Beziehungen leiden. Gerade im Verhältnis Deutschland-Frankreich herrscht eine überempfindliche Verlegenheitshaftigkeit gegen politische Schlichtigkeit. Die deutsch-französische Grenze ist die eigentliche Lebenslinie des Europas, das zum Erdteil des Erbfeindeschaft geworden ist. Hier herrscht bisher eine Ravenna ohne Ende. Immer wenn die Deutschen von der Vorstellung angezogen, daß den Franzosen jede deutsche Schwärzung mehr als willkommen sei, und daß sie die politischen Register in einer Weise bewegen, welche diese Schwärzungen immer vermehren. Die Franzosen richten sich darauf ein, einem schmerzhaften Überlegen Deutschland, das eine gewaltige Industrie besitzt, gegenüber zu treten und übersehen dabei die Schwärzungen, mit denen Deutschland zu kämpfen hätte. Hilfen wie drüben würde ein Wolf, der die negativen, gefährlichen Zug und Hindernisse zwischen aufzubrechen und es unter moralischen Gesichtes an der Franzer der Politik, der Geschichte und der Ehre stellt.

Dieses giftige Atmosphären verbreitet ja auch heute noch die Nebel über den wirklich bestehenden, echten Gefahren. Würden die heutigen, das neue Europa wäre damit schon zur Hälfte konstruiert. Die Formel „Faites travailler l'Allemagne“, ein Buch des Christentums der Pariser Zeitung „Le Monde“, das zur gegenwärtigen Verständigung im Interesse Europas mahnt, ist ein mutiger, verdienstvoller Anfang zu einer endgültigen, friedlichen Lösung des deutsch-französischen Problems.

Wir greifen auf:

Bewirtschaftungsmanie

Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, versuchen die verschiedenen öffentlichen Stellen ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen...

Wenn man sein Kind verleugnet

Über die Unmöglichkeit deutscher Gesetzgeber haben wir unsere Leser schon früher informiert...

Wir haben in Nummer 24 dieses Monats bereits scharf kritisiert und schrieben aus der Ansicht des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein...

Wir geben allerdings zu, daß das Gesetz überflüssig ist, und schon deshalb nicht gut sein kann...

Besser gelebt oder nicht?

Zu den auffallendsten Unausgeglichenheiten in der deutschen Wirtschaftsentwicklung nach der Währungsreform gehört die überhöhte Geldflut...

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Der Bau einer Talperrre bei Altleinach im Kreis Ahrweiler ist ernst aufgenommen worden...

Auf Grund der Beschlüsse des Verkehrsministeriums in Baden-Baden über die Zusammenarbeit der Eisenbahnen...

Englische Zone

In einer an den nordrhein-westfälischen Sozialminister gerichteten Entschließung wird die Gewährung von Sonderkrediten...

Infolge des guten Wasserstands der Eder-Talperre kann der Wassertransport jetzt bis in den Winter hinein reguliert werden...

Die Kölner Fordwerke haben die Preise für Lastkraftwagen herabgesetzt...

Die Kölner Fordwerke haben die Preise für Lastkraftwagen herabgesetzt. Bei dem achtzylinder Ley Typ 'Klein' beträgt die Preisreduzierung 818 DM...

Berkenkäufer erzielten Kahlblöße die Randengänge, die mehrere schwäbische Dörfer mit Wasser versorgen...

Anfang September wurde das Stahl- und Walzwerk der Bergbau- und Hütten-AG Friedrichshütte, Abteilung Karl Wien in Weibachberg in Anwesenheit zahlreicher Vertreter...

An 11. September beginnt in Konstanz die Herbstmesse, zu der über 80 Anstellungen aus Baden, Württemberg und Hohenzollern vorliegen...

Die Produktion der 'Rheinsisch-Westfälischen Kalkwerke AG' in Dornip im Rheinland, hat sich die Lage nach der Geldreform...

Die Produktion der 'Rheinsisch-Westfälischen Kalkwerke AG' in Dornip im Rheinland, hat sich die Lage nach der Geldreform...

Die Produktion der 'Rheinsisch-Westfälischen Kalkwerke AG' in Dornip im Rheinland, hat sich die Lage nach der Geldreform...

Die Produktion der 'Rheinsisch-Westfälischen Kalkwerke AG' in Dornip im Rheinland, hat sich die Lage nach der Geldreform...

Gehalts konnten einige landesgenossenschaftliche Betriebe gewonnen werden...

Am 11. und 12. September 1948 findet auf der Harzburger Rennbahn eine große Pferdesportveranstaltung statt...

Für die Einfuhr von Häuten und Fellwägen wurden in den letzten Tagen der Ledererzeugenden Industrie...

Das Zweigbüro der IEIA in München hat ungefähr 1000 deutschen Geschäftsleuten Auslandsreisen...

Das Hauptanliegen für Hopfen steht heute in Deutschland die Halterung (Brennen) der Hopfen...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die erste große 'Kunst- und Antiquitäten-Auktion' nach der Währungsreform wird Anfang Oktober in Braunschweig vom Kunstauktionshaus Hünnerberg...

Der Hamburger Kaffee-Einfuhrhandel verhandelt über die Einfuhr von etwa 40.000 Säcken gute abgeklärte Arabica-Sorten...

Die Robstoffvorräte der ostwestfälischen Leinwandspinnereien und anderer Textilfabriken...

In den MAN-Werken, Nürnberg, wurde der erste neue Bauwagen der deutschen Nachkriegsproduktion...

Nach einer Mitteilung des Zweinischen-Kontrollrates wurden in Heidelberg zwei Güterwagen eines neuen Typs...

Die neukonstruierten Ultrashallgeräte zeigen die Siemens-Belegwerke, Erlangen...

Die Betriebe der Pforzheimer Schmelzwarenindustrie haben für 300 Arbeiter...

In Nürnberg wurde ein großer Markt, das Hotel 'Königshof' wieder eröffnet.

Die zweite Frage lautet: Werden die Tabakwerke als Fertigungsbetriebe aus dem USA verkauft?

Viele kleine 'Kapitalisten' Die 'Weltwoche', Zürich, bringt einen Bericht von Peter Schmidt...

Kohlenbergbaubetriebe

Kohlenbergbaubetriebe, auch der oben geschilderten Art, ohne Genehmigung der DWF, ist verboten.

Die bisher unter Sequoye stehende Thüringer Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft in Gella...

Die mecklenburgische Schiffbauindustrie meldet, daß sie ihren 1. Halbjahresplan mit 118% überfüllt habe...

Die bisher unter Treubühnderschaft stehende F.A.M. Maschinenbau, vormals Bismarck & Co. in Chemnitz...

Im Rahmen des Sokolow-Programms hat auch die Landwirtschaft der Ostzone im Laufe des letzten Jahres...

Wie bei einer Pressebesichtigung des Werks anlässlich der Leipziger Messe mitgeteilt wurde...

Der Anteil der Reparationsaufträge, der sich bisher auf 50% des Gesamtbestandes betraf...

Bulgarien kauft, nach der diesjährigen guten Ernte vor allem Öl und Fett in die Ostzone liefern zu können.

Der Waktarvertrag der Zuckerfabriken in der Ostzone soll in den nächsten Jahren wesentlich geändert werden...

Die neukonstruierten Ultrashallgeräte zeigen die Siemens-Belegwerke, Erlangen...

Die Betriebe der Pforzheimer Schmelzwarenindustrie haben für 300 Arbeiter...

In Nürnberg wurde ein großer Markt, das Hotel 'Königshof' wieder eröffnet.

Die zweite Frage lautet: Werden die Tabakwerke als Fertigungsbetriebe aus dem USA verkauft?

Viele kleine 'Kapitalisten' Die 'Weltwoche', Zürich, bringt einen Bericht von Peter Schmidt...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Amerikanische Zone

Für die Einfuhr von Häuten und Fellwägen wurden in den letzten Tagen der Ledererzeugenden Industrie...

Das Zweigbüro der IEIA in München hat ungefähr 1000 deutschen Geschäftsleuten Auslandsreisen...

Das Hauptanliegen für Hopfen steht heute in Deutschland die Halterung (Brennen) der Hopfen...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Die Verhandlungen zwischen der Ostzone und Bulgarien über Kompenzationsverträge...

Ausland in Kürze

Auf der Erbs-Messe in Stockholm wurden in den ersten sechs Tagen von American Automobil-Verträge im Werte von 1,7 Mill. Dollar abgeschlossen. Der niederländische Steinkohlenbergbau erlebte mit einer Förderung von 807.000 t im Juli einen Nachrückprodukt.

Einer Ausfuhr des belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsgebietes im ersten Halbjahr 1948 im Höhe von 26,5 Mrd. Francs stand eine Einfuhr von 41 Mrd. gegenüber.

Norwegen will Stoffe für Arbeitkleidung im Werte von 4 Mill. Kr. aus der Doppelzone und den USA einführen.

Die italienische einsteigernde Industrie erreichte mit 8.232 t Bahatah im Juli einen Nachrückprodukt.

Die schwedischen Staatsentnahmen sind 1947/48 um 800 Mill. auf 4,5 Mrd. Kr. gestiegen gegenüber 3,9 Mrd. im Jahr 1946/47.

Norwegen führte im ersten Halbjahr 1948 20.000 t Fischkonserven im Werte von 8,3 Mill. Kr. aus.

Im Rahmen eines Zehnjahresplans soll die polnische Handelsflotte durch den Neubau von 500 000 t Überschiffen, 14.000 t Fischereifahrzeugen und 6000 t Küstenfahrzeugen bis 1953 auf etwa 600.000 t gebracht werden. Die Schiffe sollen auf den Werften von Gdansk, Danzig und Szczecin gebaut werden. Vor dem Krieg verfügte die polnische Handelsflotte über etwa 150.000 t.

Der Welche Erdölbedarf der europäischen Länder wird auf 550.000 t geschätzt. Davon stammen 225.000 t aus dem Steier, und 325.000 t aus dem Ozean. Die USA sind an diesen Lieferungen mit 95.000 t beteiligt. Der Ozean deckt zur Zeit 30% des europäischen Erdölbedarfs, doch soll sein Anteil bis 1953 auf 90% erhöht werden.

Die australischen Wollausfuhr nach Ländern mit schwacher Währungs gegenüber der Vertriebszone um hat 50% zurückgegangen, wegen der Wollausfuhr nach Ländern mit harter Währung eine Erhöhung von mindestens 20% aufzuweisen.

Nach einer offiziellen Mitteilung wird Frankreich von April 1948 an jährlich 5 Mill. t Saarkohle erhalten.

Die früher in Deutschland best. gewisse finnische Waffenfabrik Tikkahti stellt wieder Maschinenpistolen und Gewehre her, nachdem sie nach Kriegsende die Erzeugung von Maschinenpistolen aufgegeben hatte.

Das bulgarische Handelsministerium wurde vom Ministerrat ermächtigt, die Gründung bulgarischer Handels- und Industrieverbindungen in Bulgarien zu erlauben, da man sich dadurch eine Erweiterung der bulgarischen Außenhandelsbeziehungen erhofft.

Die luxemburgische Gütererzeugung ist von 225.000 t im Juni infolge Streiks auf 154.000 t im Juli zurückgegangen. Die Gütererzeugung betrug im Juli 194.000 t gegenüber 200.200 t im Juni und 181.000 t im Mai.

Die polnische Stahlproduktion betrug in den ersten sieben Monaten 1948 1.009.000 t, verglichen mit einem Jahresziel von 1,3 Mill. t. 1947 betrug die Stahlproduktion 1.380.000 t und 1937 1,4 Mill. t.

Die tschechoslowakische Produktion der Textilindustrie betrug im Juli 141.100 t gegenüber 136.400 t im Juni und 120.400 t im Juli 1947.

Die belgische Stahlindustrie will monatlich 10.000 t Stahl nach den USA ausführen. Die amerikanischen Importeure haben jedoch nicht fest zugesagt, da der belgische Stahlpreis von 230 sfr. je t um 40% über dem amerikanischen Inlandpreis liegt.

Belgien will für seinen Wiederaufbau eine Anleihe von 5 Mrd. sfr. im Ausland aufnehmen. Der belgische Kammer wurde ein diesbezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt.

Auf dem Amsterdamer Kapitalmarkt finden zur Zeit zwischen der Weltbank und einem niederländischen Bankenkonzern Verhandlungen über die Ausgabe von Weltbankobligationen im Werte von 10 Mill. Dollar statt.

In den letzten Wochen sind die Lebensmittelpreise in Ungarn gesunken. Zur Zeit herrscht ein Zuckerüberschuss. Während der Preis des freien Zuckers nur kaum noch 1,20 bis 1,4 Fl. je kg betrug, ist er jetzt im Kleinhandel auf 0,25 Fl. zurückgegangen.

Die griechische Regierung hat wegen der diesjährigen schlechten Olivenernte die Ausfuhr von Olivenöl verbietet. Bekanntlich teilen sich Griechenland, Spanien und Italien im gesamten Angebot von Olivenöl auf dem Weltmarkt.

Rumänien nimmt seine Öllieferungen in die Tschechoslowakei wieder auf. Wegen Einstellung der rumänischen Erdölrohstoffe in der Tschechoslowakei Anfang August des Besinns rationalisiert werden.

Die Sowjetunion deckt 70-80% des polnischen Baumwollbedarfs, 40% des Eisen- und 90% des Manganzbedarfs. Da die Preise für das ganze Jahr festgelegt wurden, ist die polnische Industrie von den Preisveränderungen des Weltmarktes unabhängig.

Polen will im Laufe dieses Jahres 3200 Lastwagen aus Frankreich, Italien und Holland einführen.

Ein Fünfjahresplan für die Industrialisierung Ostspaniens in dessen Rahmen vor allem Bewässerungssysteme, Straßen, Elektrizitätswerke gebaut werden sollen, wurde von der tschechischen Regierung genehmigt.

Bei Haran in Ostspanien wurde Erdöl gefunden. Nach elementarer Ansicht könnten die Quellen voraussichtlich sehr ergiebig sein.

In Turin tagte der Kongress der französischen und italienischen Handelskammern. Die Bedeutung dieses Kongresses in Bezug auf die Verwirklichung einer französisch-italienischen Zollunion wird hervorgehoben.

Politische Fragen um Englands Wirtschaft

Von unserem Londoner Berichterstatter

In der Schwebe befindlichen politischen Fragen nehmen zur Zeit die Aufmerksamkeit der britischen Öffentlichkeit in erster Linie in Anspruch. Wenn die Verhandlungen der Brüssel-Mächte in Paris beendet werden, so ist man sich klar darüber, daß augenblicklich die politischen - und strategischen - Fragen den Vorrang gegenüber den wirtschaftlichen Fragen haben, obwohl vielfach - wie auch in Amerika - der Wunsch besteht, daß sich auf den Besprechungen in Paris bald wichtiger Ergebnisse auf wirtschaftlichem Gebiet hinsichtlich der geplanten wirtschaftlichen Kooperation ergeben möchten. Andererseits würdigt man, daß die beteiligten Mächte auf wirtschaftlichem Gebiet in der kurzen Zeit ihrer Zusammenarbeit größere Resultate noch nicht erzielen konnten.

Die Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Gesundung Westdeutschlands von größter Wichtigkeit ist, hat sich weitgehend durchgesetzt. Es mehren sich die Stimmen, daß der Demontage z. B. ein Ende gesetzt werden müsse. Sie müsse zeitlich begrenzt sein, als Industriewerke, die noch stehen, müßten im Interesse der Durchführung des Marshall-Planes stehenbleiben. Man wolle im Zusammenhang damit auch den französischen Standpunkt, Fortdauer der Besetzung und wirksame Kontrolle der Ruhr, Aufrechterhaltung des Bestandes, daß sich die Stimmung in Deutschland eindeutig zugunsten des Westens entschieden habe. Diese Stimmung dürfe man nicht abkühlen lassen, sondern müsse endlich die Gelegenheit ergreifen, einen wirklichen konstruktiven Frieden mit Deutschland zu schließen. Mit einer dementsprechenden Spaltung Deutschlands könne man sich nicht einverstanden erklären. Der Augenblick des Handelns sei gekommen.

Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, daß der Bericht der Europäischen Wirtschaftskommission über die Beziehung des Europäischen Ost-West-Handels, über den wir in unserer vorigen Ausgabe eingehend berichteten, nicht allseitig Optimismus und freundlichen Zustimmung begegnen. Man ist skeptisch, insbesondere weil der optimistische Bericht im Gegensatz zu früheren Annahmen der Wirtschaftskommission über Europas wirtschaftliche Aussichten steht, und behält sich ein abschließendes Urteil bis zu genauer Prüfung des Berichts und der Vorberichte vor. Es wird darauf noch zurückzukommen sein. Die "Times" z. B. bespricht den Bericht als nicht gerade ermutigend und bemerkt, daß der Bericht die wesentliche Bedeutung Deutschlands in der Frage des Ost-West-Handels aus der Rechnung auszulassen schiene.

Von innenpolitischen Problemen steht weiterhin die Forderung der Regierung im Vordergrund, die im Interesse des Zahlungsbilanzes notwendige Reduzierung des Exports durch Verhängen von Exportkontrollen und der Arbeitsmethoden zu erreichen. Die sehr wesentliche Frage der Konsumschränkung im Verein mit der Stabilisierung der Löhne beginnt infolge Anstieges der Lebenshaltungskosten für unverschuldeten Bevölkerung im Hinblick auf die weitere

Entwicklung der britischen Wirtschaft findet daher die am letzten Montag begonnene Tagung des britischen Gewerkschaftsbundes außerordentliches Interesse, insbesondere die Frage, ob die Gewerkschaften trotz der gestiegenen Preise ihre Absichtungen mit der Regierung einhalten werden, daß sie keine Lohnforderungen erheben würden, ohne eine sichbare Exportsteigerung eingetreten wäre.

Über die bereits mit 20 Ländern abgeschlossenen Handelsverträge hinaus werden die Bemühungen der Regierung auf Abschluß weiterer Verträge fortgesetzt. So fließt der britische Botschafter Sir Stafford Cripps am 13. September nach Kanada, um in Ottawa Wirtschaftsverhandlungen zu führen. Nach Angabe eines Mitgliedes der kanadischen Regierung soll über Förderung des abgetrennten Restes der kanadischen Kreis

Dänemark rechnet mit 3,3 Mrd. Kr. Export

Kopenhagen. Nach einer Meldung der "Nationaltidende" dürfte infolge der erzielten landwirtschaftlichen Produktion in Dänemark die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse von 1,8 Mrd. in diesem Jahr auf 1,9 Mrd. 1949 gesteigert werden. Da man sich für den Industrieexport mit einer Zunahme rechnet, wird der Gesamtexport mit 3,3 Mrd. veranschlagt. Mit der Marshall-Hilfe in Höhe von etwa 600 Mill. Kr. dürfte Dänemark mit einer Devisenmehrung von rund 4 Mrd. rechnen können, was gegenüber dem laufenden Jahr eine Erhöhung um fast 1 Mrd. bedeutet.

Handelsverhandlungen

Kopenhagen. In Kopenhagen werden demnächst Verhandlungen über ein Handels- und Zahlungsabkommen mit Österreich aufgenommen werden, das einen Wert von etwa 10 Mill. Kr. erreichen soll. Dänemark wird Flusse und Kartoffeln, Österreich industrielle Erzeugnisse und Chemikalien liefern.

Anfang Oktober wird sich eine dänische Handelsdelegation zu Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit Polen nach Warschau begeben. Ein Plan für den künftigen Warenverkehr liegt noch nicht vor, doch dürften die Verhandlungen dadurch beeinflusst werden, daß Dänemark in diesem Jahr keinen Mangel an Brennstoff hat.

Über den Warenverkehr mit der Türkei wird in der nächsten Zeit eine dänische Abordnung in Ankara verhandeln. Der Warenverkehr zwischen den beiden Ländern betrug laut Kriegsende etwa 100 Millionen Kronen jährlich und man hofft, durch die neuen Verhandlungen den Warenverkehr beträchtlich steigern zu können.

Im Herbst sollen außer mit Großbritannien auch Handelsverhandlungen mit der Tschechoslowakei, Schweden, Spanien und Ungarn aufgenommen werden. Die Preisverhandlungen mit der Sowjet-Union über Butter und Getreide, die wegen der hohen russischen Getreidepreise abgebrochen

Dänemarks Auslandschulden 3,7 Mrd. dkr.

Kopenhagen. Nach einer amtlichen Aufstellung des Statistischen Amtes sind die gesamten Brutto-Auslandschulden Dänemarks 1947 um 9,5 Mrd. auf 3,7 Mrd. dkr. gestiegen. Gleichartig sind jedoch auch die Auslandsguthaben um 246 Mill. auf 1223 Mill. Kr. angewachsen. In diesem Guthaben sind die Schulden Deutschlands an Dänemark aus der Zeit der Besetzung in Höhe von etwa 2500 Mill. nicht enthalten.

Die Zahlungsbilanz Dänemarks für 1947 ergibt ein Defizit von 4 Mill. dkr. Die Ausgaben betragen 2004 gegenüber 2008 Mill. 1946, die Einnahmen 2000 gegenüber 2323 Mill.

Von den 4 Mill. Dollar, die Dänemark infolge der Marshall-Hilfe erhalten soll, sollen 2 1/2 Mill. Dollar für den Einkauf von Kohle in Westdeutschland verwendet werden.

Australische Hilfe

Canberra. Der australische Premierminister, Mr. J. B. Chifley, gab bekannt, daß Australien Britanien ein Geschenk von 10 Mill. australischen Pfund (= 8 Mill. angl. Pfund) machen wolle, um dessen Handel mit anderen Mitgliedern des Sterlingblocks, die Sterlingdefizite haben, zu unterstützen. Viele europäische Teilneh-

Weltmeinung

Im Zeichen der „Schiere“

Neue Zürcher Zeitung

Die "Neue Zürcher Zeitung" vom 1. September veröffentlichte einen großen Aufsatz unter dem Titel "Westdeutsche Banken nach der Geldreform", aus dem wir folgende Absätze zum Abdruck bringen:

Wenngleich statistisches Material noch nicht zur Verfügung steht, so dürfte feststehen, daß nach dem Kreditinstitut in Westdeutschland mehr als 20% seiner Reichtums-Bilanzposten wieder repräsentiert wird durch die verschiedenen öffentlichen Banken, denn im Bankensystem herrscht in den Banken ein außerordentlich hoher Grad der Arbeit konzentriert sich immer noch weitgehend auf die veraltete Durchführung der Reform: die Umstellung der Konten von RM auf DM ist noch im Gange und erfordert erhebliche Kosten, die das Kreditgeschäft wahrscheinlich nicht allein aufbringen vermag. Diese Kosten werden auf mindestens 40 Mill. DM geschätzt, wahrscheinlich werden Teile davon auf die öffentlichen Hand abgewandt werden können, was sich nach dem oben Bericht, wenn sich nicht geringer Teil dieses Aufwandes erklärt sich aus der Tatsache, daß die Kreditinstitute das Zahlungsmaterial für die Finanzämter, also für den Fiskus, zusammenstellen, der auf diese Weise nachträglich noch die Steuern für die Zeit der Währungsreform zu erheben vermag, ungeachtet im Verhältnis von zehn zu eins.

Was das Kreditgeschäft anbelangt, so stehen die Institute im Zeichen der "Schiere", die sich zwischen Geldbilanz und Kapitalmarkt zeigt. Dieser Zustand ist die Folge der speziellen Methoden, welche die Amerikaner bei der Geldreform angewandt haben: hohe gegenwertige Kontraktumstellungen sowohl der Privaten wie der Gebietskörperschaften. Länder und Gemeinden haben die ganze Schere der Konsum liquid gehalten, aber die Spitze der Investition liegt im Schatten des Kapitalmangels. Der Bedarf an kurzfristigen Kredit wird dementsprechend sehr gering. Andererseits verfügen die Kreditinstitute, insbesondere die der öffentlichen Hand stehenden, zugleich über erhebliche Mittel, hauptsächlich aus den Beträgen, die als "Erstausstattung" an die Länder und Gemeinden gegangen waren und die sedens abflossen, um über Besondereinsteller und sonstige Ausgaben des Fiskus in die Konsumgüter zu geben, wie sie den Schock des Geldverlustes heilten, schließlich aber größtenteils zu den Banken kamen. Offensichtlich ist die Umhaltgedwindigkeit des Geldes ebenfalls hoch, auch die verringert den Kreditbedarf der Wirtschaft, soweit sie der Konsumsphäre dient.

Die Banken waren aus diesen Zusammenhängen heraus nur in geringem Umfang demzufolge angewiesen, sich bei den Landeszentralbanken zu refinanzieren. Es gibt Banken, die überhaupt noch kein Wechselmaterial weitergegeben haben und bei denen indigenes Geld der hohe Zinseszins von wahligen Wirkungen auf die Wiederherstellung der Realität ist. Die Säule der Bankenvereinigungen sind im übrigen schon vielfach unterboten worden, und ganz allgemein kann man sagen, daß die Diskontpolitik ohne rechte Führung mit dem Markt ist im Verkehr zwischen den Banken über man Geldkette von etwa 2 1/2% und einige unter den elf Landeszentralbanken haben bereits den Gedanken einer Diskontierung auf Tapet gebracht. Vorläufig wird er von der

Wirtschaftsrevue

Mit der Aufnahme endgültiger Handelsverhandlungen wird jedoch nicht vor ein bis zwei Wochen geschätzt.

Exporte

Der englische Nachrichtenendienst meldet, daß England die Absicht habe, Kobaltum in die USA zu verkaufen. Dies soll eine Unternehmung bei der Anlage von Kobaltreserven sein.

Gemäß den Handelsabmachungen mit Japan erhielt dieses im August mehr als 2000 t Gummi, die von Singapore verschifft wurden.

In den ersten acht Monaten d. J. wurden von den britischen Automobilfabriken, die in der Ruffeld-Organisation zusammengefaßt sind, mehr Personen- und Lastwagen ausgeführt, als im gesamten Jahr 1947.

Mehr als 90.000 Touristen, 40% mehr als im Vorjahr, besuchten Britanien im Juli. Der Touristenverkehr stellt einen ungleichmäßigen Export dar, der dem Lande einen größeren Gewinn einbringt als jede andere Exportindustrie, wie heftig die Kritik behauptet. Die Einnahme aus diesen Reisen hat für das laufende Jahr auf 40 Mill. Pfund Sterling geschätzt werden.

Im Juli 1948 wurden aus Großbritannien 12 Millionen kg rote und braune Baumwollgarnen im Wert von mehr als 12,8 Mill. Pfund Sterling ausgeführt. Damit wurde der höchste Stand seit 1939 erreicht. Die Ausfuhr liegt um etwa 100.000 Pfund Sterling unter dem von der britischen Regierung für Ende des Jahres festgesetzten Ausfuhrziel der britischen Baumwollindustrie. Die Ausfuhr von Baumwollgarnen erreichte im Juni und Juli einen Monatsdurchschnitt von etwa 48,3 Mill. Quadratmeter gegenüber etwa 48,2 Mill. Quadratmeter im Mai.

Neue Titantium-Vorkommen in Kanada

Bei Lake Abitibi im Osten der Provinz Quebec (Kanada) wurden große Titantiumvorkommen, vielleicht die größten der Welt, entdeckt. Bei deren Erschließung die Regierung 25 Mill. Dollar zur Verfügung stellen will. Schwedische Firmen an, daß durch die neuen Vorkommen das Titantium-Monopol Indiens gebrochen werden dürfte.

Kohle in Tansania

Bei es-Balasi. Die Eisenbahn in Tansania haben eine Probe von ungefähr 1 t Kohlen aus dem Meer-Tal (nördlich des Setsi-Rohals) erhalten, wo ein großes Kohlevorkommen existiert, das aber wegen Fehlens einer Eisenbahn und anderer Verkehrsverbindungen bisher nicht ausgenutzt werden konnte. Wenn die Erprobung zufriedenstellend ausfällt, soll die Eisenbahn bis zu dem Kohlenfeld weiter ausgebaut werden. Man glaubt, daß dort gewaltige Kohlenvorkommen vorhanden sind.

Wiederaufbau

Wiederaufbau nicht auf die kräftige Mitarbeit der Privatbanken rechenbar. Man bleibt abwarten, ob sich Wege finden lassen, um dieser Kategorie einen Ausweg zu eröffnen; stattdessen mag das gewaltig sein, wenn man nachdrücklich die Reformen an den Methoden der Geldreform, d. h. an den ihr zugrunde liegenden Gesetzen der Militärregierungen, ernsthaft und konsequent durchführt.

Die Lage in Deutschland

Die Lage in Deutschland ist von den Sparmassen zu bestimmen, welche andere Argumente anführen, hauptsächlich die, daß die Anrechnung der Kopfsteuern auf die Altkonten Millionen von Sparbüchern hat untergehen lassen. Tatsächlich dürften mehr als 15 Millionen deutsche Sparbücher ausgeglückt sein, und zwar auf folgende Weise: vor ein Gut haben hatte, machte sich den rechnerischen Reichtumsbeitrag der Konten (ca. 200 Mrd. Personen) von dem Guthaben abziehen lassen; nur der verbleibende Rest wurde sodann der Umwandlung in DM unterworfen. Auf diese Weise wurde aus dem Geldmarkt, aus der Abwertung, für die als allgemeine Schlüssel die Relation sein zu den Militärregierungen, ein starkes Versehen in diesen Zusammenhängen heraus eine besonders empfindliche Schwächung ihres Wohlwills. Freilich besteht in auch hier sehr fraglich, ob in irgendeiner Form eine Korrektur möglich ist. Werden die Deutschen nicht trotzdem wieder zu sparen anfangen? Wenn überhaupt Westdeutschland einen neuen Start findet, so wird auch der Sparwille sich wieder regen, und davon werden die Kreditinstitute jeder Art profitieren.

Jtschostowaki

Export um 7% gestiegen

England an erster Stelle im Import

Prag. Nach den letzten von staatlichen Statistiken amtlich veröffentlichten Zahlen betrug die Einfuhr der Tschechoslowakei im Juli 1948 2198 Mill. und die Ausfuhr 2697 Mill. Kr. Gegenüber dem letzten März veröffentlichten Zahlen (Wirtschaftsrevue Nr. 23 vom 31. 8. 1948) ist im Juli die Einfuhr um 228 Mill. zurückgegangen, die Ausfuhr um 228 Mill. gestiegen. In den ersten 7 Monaten 1948 betrug die Einfuhr insgesamt 24.715 t und die Ausfuhr 29.217 Mill. Kr. Das Passivum der Handelsbilanz ist nach einer vorübergehenden Aktivierung im Juni wieder auf 4288 Mill. Ende Juli gestiegen. Die verhältnismäßig geringere Einfuhr ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die katastrophale Mißernte in der Hopfen-, Ziegen- und Karneleinfuhr eine große Lücke zwischen hat, die sich in der Außenhandelsbilanz noch für längere Zeit auswirken machen wird. Im Handel mit der Sowjet-Union, die 92.000 Wagenladungen Brot- und Futtermittel zugesichert hat, besteht Ende Juli noch immer ein Defizit von 1700 Mill. Kr., obwohl im Juli die Einfuhr nach Rußland die Einfuhr aus Rußland bereits um 300 Mill. Kr. überstieg.

In den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres entfielen nur 40% der Gesamteinfuhr auf Rohstoffe, während in der gleichen Zeit des Vorjahres der Rohstoffanteil 42% betrug. 32% der Gesamteinfuhr entfielen auf Nahrungsmittel und Getränke. In der Ausfuhr entfielen etwa 80% auf Fertigwaren, wobei die absoluten Zahlen der Ausfuhr eine positive Entwicklung zeigen: Januar bis Juli 1948 betrug die Gesamtausfuhr - wie oben bereits erwähnt - 29.217 Mill. gegenüber 18.242 Mill. im Vorjahr. Mengenmäßig steht in der Juli-Einfuhr Rohstoffe mit 237.000 t gegenüber 218.700 t im Vorjahr an der Spitze. Es folgen dann Rohstoffe aus Polen mit 215.240 t, dem Vorjahr 128.000 t, Salz mit 25.446 t, Schrott mit 19.000 t, Pyrit mit 23.486 t, Glasmasse mit 786 t, Rohkohl mit 2938 t, Manganerz mit 2120 t, Baumwolle mit 2070 t, Hanf und Flachs mit 985 t, Jute mit 790 t, Kunststoffe mit 700 t, Hartwolle mit 700 kg und Natur- und Kunstgummi mit 428 t. An Getreide wurden nur 380 t Weizen und Korn und 600 t Gerste, Hafer und Mais einbezogen. Schließlich verzeichnet die Einfuhr noch 1807 t Tabak. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken ist danach gegenüber dem ersten Vierteljahr in dem sie 765,7 Mill. oder 12,6% betrug, fast gleich ge-

Tschechoslowakei beansprucht Fünftelkapital

München. Die tschechoslowakische Regierung beansprucht alle von der früheren ostdeutschen Textilindustrie in Deutschland investierten Kapitalien, die sie als tschechisches Eigentum betrachtet.

— Hier abstimmen —

Mit Druckmaschinen freizulassen

AS die

„Wirtschaftsrevue“ Konstanzer Postfach 238

Bestellschein für einen Probemonat

Liefen Sie mir/uns die „Wirtschaftsrevue“ Aug. D

(im Monat September *)

DM m. monat. Abbestellfrist *)

nun monat. Abonnementspreis von . . . DM 2.30

L'ECONOMIE CONTINENTALE (Ausg. F) *) monatl. . . DM 1.80

Grüne Kurztabelle

CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW (Ausg. E) *) monatl. . . 1.80

(Mit Kurztabelle) je ausgl. 12 Pfg. Postzusatzgebühren

*) Nichterfüllung straflos!

Oben

Oben

Oben

Oben

